

WARTBURG-FEST DER DEMOKRATIE



Grußwort	Franziska Nentwig	01
Grußwort	Stephan Zänker	03

Die Wartburgfeste von 1817 bis 1990	Marko Kreutzmann	05
-------------------------------------	------------------	----

Eine Tradition mit Zukunft(?)	Christian Faludi	19
-------------------------------	------------------	----

Wartburg–Fest der Demokratie 2023	Programm	25
-----------------------------------	----------	----

	Impressum	26
--	-----------	----



Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Tage kann man auf einer Erfurter Bahn lesen: »Demokratie ist wie Straßenbahn: Quietscht manchmal!« Damit wirbt das Haus der Weimarer Republik im öffentlichen Nahverkehr um unser aller Aufmerksamkeit für unsere heutige Staatsform, die parlamentarische Demokratie. Die »Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk« (Abraham Lincoln, 1863) kann durchaus anstrengend für uns alle sein. Denn ihr Grundprinzip ist ebenso einfach wie schwierig: Die pluralen Auffassungen, Meinungen und Zielvorstellungen der Menschen zur Entwicklung der Gesellschaft sind immer wieder neu zu diskutieren und können oft erst nach langwierigen Aushandlungsprozessen, zuweilen auch in heftigen öffentlichen Kontroversen, zu einem mehrheitlich getragenen Kompromiss geführt werden. Und manche Fragen des Gemeinwesens bleiben offen, weil sich keine belastbare Mehrheit findet. Gibt es Alternativen zur Demokratie als Staatsform? Ja, sie heißen Diktatur, Autokratie oder Gewaltherrschaft — ohne freie und geheime Wahlen, ohne am Gemeinwohl orientierter Gesetzgebung, ohne Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit. Und: Die letzten Diktaturen und Autokratien in Mitteleuropa endeten erst in den 1990er Jahren. Trotz gelegentlichen »Quietschens« im demokratischen Alltagsgetriebe unseres Landes sollten wir es daher stets wertschätzen, dass wir zu den privilegierten 6,4 Prozent der Weltbevölkerung gehören, die in »vollständigen Demokratien« leben. Demokratie mag manchmal schwierig sein, aber sie bildet die Basis für das friedliche, freiheitliche und gleichberechtigte Miteinander in unserem Land und für die Teilhabe aller an gesellschaftlicher Prosperität. Der Weg dahin war lang und steinig.

Das Wartburgfest von 1817 gehört zu den frühen Meilensteinen deutscher Demokratiegeschichte. Am 18. Oktober zogen etwa 500 überwiegend studentische Festteilnehmer auf die Burg, um ihre Vorstellungen von einem Nationalstaat mit eigener Verfassung und bürgerlichen Rechten kundzutun und um gegen Klein-

staaterei und reaktionäre Politik zu protestieren. Eine bis dahin so noch nicht gesehene Willenskundgebung der Jugend! Dennoch ist das Wartburgfest ein ambivalent zu bewertendes Ereignis deutscher Geschichte. Neben progressiven Ideen und Gedanken gab es auch Schattenseiten, die von radikaler Deutschtümelei über Juden- und Franzosenhass bis zur Verbrennung von Büchern missliebiger Autoren reichten.

Im Hinblick auf die großen gegenwärtigen Herausforderungen in unserer Gesellschaft ist es wichtig, an den langen und wechselvollen Weg hin zu unserer heutigen Demokratie zu erinnern, deren Privilegien — auch mit dem Wartburgfest von 1817 — hart erkämpft wurden. Als Erinnerungs- und Bildungsort für Geschichte und Kultur ist es eine Aufgabe der Wartburg, das Ereignis historisch-kritisch und differenziert zu betrachten. Dabei gilt es, mit Sorgfalt Aussparungen oder Geschichtsglättungen zu vermeiden, um eine sachliche und umfassende Darstellung des Wartburgfestes zu erreichen, aus der sich schließlich auch Schlüsse für Gegenwart und Zukunft ableiten lassen. Hierzu kooperiert die Wartburg-Stiftung eng mit der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG). Ausgehend vom Wartburgfest von 1817 sollen gemeinsam Wege der Demokratiegeschichte und Erinnerungskultur weiter erforscht und reflektiert werden. Der heutige Abend bildet den Auftakt zu einer vielschichtigen Veranstaltungsreihe, die fortan jährlich im Oktober unter dem Motto WARTBURG—FEST DER DEMOKRATIE an die Wartburgfeste und ihre Bedeutung für die deutsche Demokratiegeschichte erinnern soll.

Wartburg-Stiftung, 18. Oktober 2023



Sehr geehrte Damen und Herren,

was ich nicht kenne, kann ich nicht schützen. Dieser Satz wird oft im Naturschutz gebraucht, als Aufforderung, sich mehr mit der Tier- und Pflanzenwelt zu beschäftigen, um am Ende zu begreifen, über welchen Schatz wir da verfügen und wie wichtig es ist, die Artenvielfalt unserer Erde zu bewahren. Doch genauso ist dieser Satz auf unsere Demokratie anwendbar: Auch ihre Bekanntheit lässt zu wünschen übrig. Ja, sie ist derzeit in aller Munde. Doch was steckt wirklich hinter diesem Begriff? Die Herrschaft der Mehrheit? Das Abstimmen bei freien Wahlen? Das Prinzip der Gewaltenteilung? Freiheitsrechte auch für Minderheiten? Es gibt erstaunlich viel Unklarheit über eine Gesellschaftsform, die unseren Alltag prägt. Noch deutlicher wird das Defizit bei der Geschichte der Demokratie. Nur selten wird diese im Zusammenhang erzählt, viele Ereignisse, auch viele Akteure sind in Vergessenheit geraten. Wie sich unser Gemeinwesen entwickelt hat? Worauf unsere gesellschaftlichen Werte fußen? Wie schwer es war, all die Rechte und Errungenschaften zu erkämpfen, die für uns heute selbstverständlich sind? Da herrscht oftmals Ahnungslosigkeit. Ja, Schlagworte fallen: Aufklärung und Revolutionen, die Frankfurter und die Weimarer Reichsverfassung, das Grundgesetz und der Aufbruch im Osten 1989. Doch es mangelt an Zusammenhängen, an langen Linien – was auch an den tiefen Brüchen in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts liegt.

Diese Unwissenheit können wir uns nicht länger leisten. Kräfte werden stärker, die Demokratie verachten, sie für schwach halten und autoritäre Regierungsmodelle bevorzugen. Es wächst die Sehnsucht nach einfachen, radikalen Lösungen ohne Aushandlungsprozesse, nach einem rücksichtslosen Durchregieren. Wie wollen wir diesen Kräften entgentreten, wenn wir die Demokratie, ihre Werte und ihre Geschichte nicht kennen? Deshalb ist es wichtig, dass wir zurückschauen auf unsere Wurzeln, auf den langen, opferreichen Kampf für Freiheit und Demokratie. Daraus werden wir Kraft ziehen für die Herausforderungen der Gegenwart.

Wenn wir also auf die Geschichte unserer Demokratie zurückschauen, dann gerät sehr schnell die Wartburg in den Blick. Sie steht ja für eine ganze Reihe wichtiger Traditionslinien und ist daher zu Recht ein Symbolort für unser Land. Neben Martin Luther und der heiligen Elisabeth, neben dem Sängerkrieg und anderen mythischen Sagen spielen dabei auch die Wartburgfestspiele eine Rolle, insbesondere jenes aus dem Jahr 1817, als Studenten aus zahlreichen deutschen Ländern Freiheit, Demokratie und einen einheitlichen Staat forderten. Es war eine für damalige Zeiten ungeheure politische Demonstration, eine Kampfansage an die reaktionären Mächte, die nach dem Sieg über Napoleon wieder zum alten Regime aus Unterdrückung, Entrechtung und Kleinstaaterei zurückkehren wollten. Die allermeisten Grundsätze und Beschlüsse des Wartburgfestes fanden Eingang in die demokratischen Verfassungen Deutschlands und sind heute Teil des Fundaments des Grundgesetzes. Deshalb ist das Wartburgfest von 1817 eine wichtige Wurzel unserer Demokratie.

Gleichwohl wurden 1817 auch fremdenfeindliche, deutschümelnde, antisemitische Töne angeschlagen. Das Wartburgfest war, ist und bleibt ein ambivalentes Ereignis. Doch wir sollten nicht weiterhin den Fehler machen, daraus die Konsequenz der Nichtbeachtung zu ziehen. Wir sollten offen und differenziert mit der Geschichte unserer Demokratie, mit ihren Erfolgen und Sternstunden, aber auch mit ihren Irrtümern und Brüchen umgehen. Dieses Ziel verbindet die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte mit der Wartburg-Stiftung – und ich bin zuversichtlich, dass daraus eine Stärkung unserer Demokratie erwachsen wird. Denn wir können sie besser schützen, wenn wir sie gut kennen.

Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte,
18. Oktober 2023

Stephan Zänker
Vorstand Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte

← Die Fahne der Urburschenschaft im Festsaal der Wartburg, 2023
(R. Salzmann/Wartburg-Stiftung Eisenach)



Wartburgfeste und Demokratieggeschichte

Das Wartburgfest vom 18. und 19. Oktober 1817 war eine wichtige Wegmarke für die deutsche Demokratieggeschichte. Unter ›Demokratieggeschichte‹ soll hier die Herausbildung, Entwicklung und Verbreitung von Ideen und Institutionen verstanden werden, die eine möglichst umfassende Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung, politischen Entscheidungen und deren Ausführung sowie die Sicherung grundlegender Rechte jedes Einzelnen gegenüber dem Staat anstrebten. Grundlage ist die Idee der Volkssouveränität, wonach die Gewalt im Staat vom Volk ausgeht, und nicht etwa von einem Monarchen oder einer kleinen Gruppe von Aristokraten. Demokratieggeschichte wird dabei aber nicht als eine geradlinige, auf ein bestimmtes Ziel zulaufende Entwicklung aufgefasst. Vielmehr war sie von zahlreichen Brüchen, inneren Widersprüchen und unterschiedlichen Entwicklungen gekennzeichnet, die in ganz verschiedene Richtungen wiesen. Auch war die Demokratieggeschichte stets ambivalent. Positive Entwicklungen wie das Streben nach politischer Mitbestimmung, der Sicherung von Menschen- und Bürgerrechten oder nach sozialem Ausgleich gingen mitunter einher mit übersteigertem Nationalismus, Antisemitismus und Handlungskonzepten, die auch Gewalt und Terror gegen politische Gegner einschlossen. Demokratieggeschichte lässt sich also nicht einfach als leuchtende Erfolgsgeschichte von einer finsternen Gegengeschichte ihrer politischen Gegner trennen. Vielmehr ist sie in all ihrer Widersprüchlichkeit, Unabgeschlossenheit und in ihrer Verflechtung mit anderen Entwicklungen zu erfassen. Gerade darin aber liegt der besondere Erkenntniswert von Demokratieggeschichte.

Trotz aller Ambivalenzen, Brüchen und Widersprüche lassen sich Entwicklungszusammenhänge der modernen Demokratieggeschichte vom späten 18. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart erkennen. Die Demokratieggeschichte ist dabei

eingebettet in grundlegende Umbrüche in Europa und Nordamerika, welche die Vormoderne von der Moderne trennen. Diese Umbrüche betrafen in sozialer Hinsicht den Wandel von der ständisch-feudalen zur bürgerlich-egalitären Gesellschaft, der vor dem Hintergrund eines gewaltigen, so zuvor nicht dagewesenen Bevölkerungswachstums stattfand. In ökonomischer Hinsicht erfolgte die Ablösung der agrarisch-handwerklichen durch die industriell geprägte Wirtschaftsstruktur. In politischer Hinsicht trat an die Stelle der altständischen bzw. absolutistischen Staatsform der moderne Verfassungs- und Nationalstaat — ein Wandel, der durch geistesgeschichtliche Entwicklungen, vor allem die Aufklärung mit ihrem neuen Menschen-, Staats- und Gesellschaftsbild, massiv vorangetrieben wurde. Innerhalb dieser Umbruchsprozesse lässt sich die Demokratieggeschichte nicht nur allgemein als Streben nach mehr politischer Teilhabe erfassen. Vielmehr kann sie auch als Geschichte einer politischen Bewegung innerhalb eines sich ausbildenden politischen Spektrums betrachtet werden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden Konservatismus, politischer Katholizismus, Liberalismus, Demokratie und Sozialismus bzw. Kommunismus als politische Denkströmungen, die in politische Bewegungen und schließlich in moderne Parteien einmündeten.

Das Wartburgfest vom 18./19. Oktober 1817

Die modernen Ideen von Verfassung, Menschen- und Bürgerrechten, politischer Mitbestimmung und Nation hatten sich in Europa seit der Zeit der Französischen Revolution und der Herrschaft Napoleons besonders unter den gebildeten Schichten ausgebreitet. Dabei verbanden sich liberal-demokratische Auffassungen und die moderne, zuerst in Frankreich formulierte Idee der Nation unauflöslich miteinander. In den deutschsprachigen Gebieten erlangte die liberal-demokratisch-nationale Bewegung während der Befreiungskriege gegen Napoleon in den Jahren 1813 bis 1815 ihren Höhepunkt. Die Vertreter



dieser Bewegung, zu der auch zahlreiche Studenten gehörten, erwarteten nach dem Sieg über Napoleon vom 1814/15 tagenden Wiener Kongress eine politische Neuordnung Europas, die ihren einheits- und freiheitspolitischen Vorstellungen Rechnung tragen sollte. Das Ergebnis, das im Juni 1815 mit der Wiener Kongressakte vorlag, enttäuschte die Angehörigen dieser Bewegung aber zutiefst. Die politische Neuordnung folgte nicht den Interessen der Völker, sondern der Monarchen. Verfassung und Nation spielten als Leitbegriffe kaum eine Rolle. Deutschland wurde lediglich als lockerer Staatenbund (»Deutscher Bund«) ohne Verfassung, Parlament oder gemeinsames Staatsoberhaupt organisiert.

Vorläufige Hoffnungen der Studenten, das Ergebnis könne doch noch in eine fortschrittliche Entwicklung einmünden, verfliegen rasch. Die Überwindung der Situation erschien ihnen nur durch entschlossenes Handeln politisch Oppositioneller möglich. Ziel der Gründung der Burschenschaften als neuartiger Organisationsform von Studenten war es, die alten Landsmannschaften und andere Verbindungen aufzuheben und die erstrebte nationale Einheit auf studentischer Ebene vorwegzunehmen. Diesem Zweck sollte das Wartburgfest vom Oktober 1817 dienen. Die Jenaer Burschenschaft lud zur Feier, die offiziell sowohl dem vierten Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht vom 18./19. Oktober 1813 als auch der Feier des 300-jährigen Jubiläums der Reformation gewidmet war, Studenten von 13 anderen deutschen, allerdings ausschließlich protestantischen, Universitäten ein.

Zum Fest kamen rund 500 Teilnehmer auf die geschichtsträchtige Wartburg bei Eisenach, darunter neben den etwa 400 Studenten u. a. vier Jenaer Professoren sowie auswärtige Vertreter der deutschen National- und Verfassungsbewegung. Auch die Eisenacher Bevölkerung wurde in das Festgeschehen mit einbezogen. Am 18. Oktober erfolgte morgens der Zug der Studenten zur Wartburg, auf der ein Gottesdienst und mehrere

Reden gehalten wurden. Danach begab man sich wieder nach Eisenach, wo auf dem Marktplatz Turnübungen stattfanden. Am Abend zogen mehrere Festteilnehmer auf den Wartenberg gegenüber der Wartburg, wo die seit 1814 üblichen Feuer zur Feier des Sieges über Napoleon brannten. Hier fand unter Anleitung einiger radikaler Burschenschaffter die im offiziellen Programm nicht vorgesehene Verbrennung von Büchern und anderen Symbolen der Restauration statt. Am 19. Oktober kamen nochmals etwa 300 Studenten zusammen, um über innere Burschenangelegenheiten zu beraten.

Stattdessen konnte das Wartburgfest 1817 übrigens nur durch die Erlaubnis des Großherzogs Carl August von Sachsen-Weimar-Eisenach, in dessen Land die Wartburg lag. Das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach war einer von mehreren Kleinstaaten, die in der Region Thüringen die große »Flurbereinigung« der napoleonischen Zeit, in der viele kleinere Staaten zugunsten größerer Staaten aufgelöst worden waren, überlebt hatten. Die scheinbar so rückständigen Kleinstaaten zeichneten sich dabei durch eine relative Offenheit gegenüber der liberal-nationalen Bewegung aus. Dies gilt besonders für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach, das 1816 als erster Staat im Deutschen Bund eine Verfassung einführte, die zwar nach heutigen Begriffen sehr unvollständig war und noch viele Elemente aus der altständischen Vormoderne in sich trug. Andererseits besaß sie aber auch wichtige fortschrittliche Bestimmungen, besonders die Gewährung der Pressefreiheit. Auf dieser Basis konnte sich die politische Opposition in dem kleinen Land relativ frei entfalten.

Das Wartburgfest vom 18. und 19. Oktober 1817 bildete nun in mehrerlei Hinsicht eine wichtige Wegmarke für die moderne Demokratiegeschichte. Erstens handelte es sich nach Einschätzung der historischen Forschung um die erste große öffentliche und politische Demonstration in der deutschen Geschichte. Nicht wie bisher die Fürsten, der Adel oder die Kirche, sondern die Bevölkerung, zunächst zumindest ein Teil davon, führte aus eigenem Antrieb eine Veranstaltung durch, welche politische Botschaften in die Öffentlichkeit trug. Damit



kam eine neue Form von Öffentlichkeit, verstanden als freier Kommunikationsraum, zum Durchbruch, die konstitutiv für die moderne Demokratie ist. Zweitens waren die studentischen Burschenschaften, die sich 1818 zur »Allgemeinen Deutschen Burschenschaft« zusammenschlossen, die erste gesamtdeutsche politische Organisation oder »Partei« jenseits der etablierten monarchisch-staatlichen Institutionen. Drittens wurde in der Folge des Wartburgfestes von 1817 mit den »Grundsätzen und Beschlüssen des 18. Oktober« das erste moderne Parteiprogramm geschaffen, in dem liberal-demokratische Grundsätze wie Verfassungsstaatlichkeit, nationale Einheit und unveräußerliche Grundrechte, wie die Freiheit der Person und des Eigentums, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Presse- und Meinungsfreiheit, enthalten waren. Auf und nach dem Wartburgfest ist viertens auch bereits die Trennung von liberaler und demokratischer Bewegung innerhalb der politischen Opposition zu erkennen. Fünftens wirkte das Wartburgfest auch als ein politisches Symbol für die liberale und demokratische Bewegung in Deutschland nach 1817. Die Farben Schwarz, Rot und Gold, die als »deutsche Trikolore« zum Symbol für die oppositionelle, liberal-demokratische Bewegung wurden, gehen auf die beim Wartburgfest getragene rot-schwarz-rote Burschenschaftsfahne mit goldener Stickerei zurück. An diese Symbolik knüpfte auch das Hambacher Fest von 1832 an, das in der bayerischen Rheinpfalz begangene, zweite große politische Fest der liberal-demokratischen Opposition in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Und in der Revolution von 1848/49 wurde Schwarz-Rot-Gold zu den Farben des projizierten nationalen Verfassungsstaates. An das Wartburgfest von 1817 knüpften weitere Feiern auf der Wartburg an. Diese reichten vom Treffen deutscher Studenten während der Revolution von 1848/49, über die 50-jährige Erinnerungsfeier an das Fest im Oktober 1867, die »Wartburgfeste« verschiedener Gruppen während des Kaiserreichs, der

← Holzstich von Fritz Bergen: Das Wartburgfest im Jahre 1848, in: Illustrierte Zeitung v. 15.7.1848

Weimarer Republik, des »Dritten Reiches«, der Zeit der DDR und schließlich während der deutschen Wiedervereinigung 1990 bis in die Gegenwart.

Das Wartburgfest von 1817 war dabei stets ein umstrittenes Symbol. Für die konservativen Kräfte, allen voran den österreichischen Außenminister Metternich, waren das Fest und die hier geäußerten Ideen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Sie sahen darin meist das Signal für einen Umsturz, der in Krieg und Gewalt, ähnlich wie während der Französischen Revolution und der »Terrorherrschaft« der Jakobiner, münden würde. Vor allem aber sahen sie eine Gefährdung der auf dem Wiener Kongress gesicherten monarchisch-aristokratischen Ordnung. Die willkommene Grundlage, um das Fest in Misskredit zu bringen, lieferten manche Ereignisse auf der Wartburg und die folgenden Jahre. Da war zum einen die Verbrennung von Büchern und anderen Symbolen der Restauration. Die monarchisch-konservativen Kräfte mussten diese Verbrennung, in Verbindung mit der radikalen, zur revolutionären Tat aufrufenden Rede des Studenten Ludwig Rödiger, als unmittelbaren Angriff auf die bestehende Ordnung und Signal zum Umsturz verstehen.

Aber auch aus der Sicht von Teilen der späteren liberalen und demokratischen Bewegung war die Bücherverbrennung hoch problematisch. Denn hier wurde zum einen auch das von Napoleon geschaffene und in einigen deutschen Gegenden noch geltende bürgerliche Gesetzbuch, der »Code civil« oder »Code Napoléon«, ins Feuer geworfen. Dies geschah aus einem, aus der Zeit der Befreiungskriege herrührenden, gegen Napoleon und Frankreich gerichteten Nationalismus heraus. Jedoch wurden die in der napoleonischen Zeit in vielen deutschen Gegenden eingeführten Reformen durchaus als fortschrittlich aufgefasst. Die Liberalen und Demokraten in diesen Regionen wollten zahlreiche der politischen und rechtlichen Reformen der napoleonischen Zeit auch nach 1815 beibehalten. Hier gerieten also die grundsätzlich eng miteinander verbundenen Bestrebungen des Nationalismus auf der einen und des Liberalismus bzw. der Demokratie auf der anderen Seite in ein Spannungsverhältnis.



Hinzu kam, dass sich bei der Bücherverbrennung der Kampf gegen die Restauration auch mit antisemitischen Tönen verband. So wurde die Schrift »Germanomanie« des jüdischen Publizisten Saul Ascher in die Flammen geworfen und dazu ausgerufen: »Wehe den Juden, so da festhalten an ihrem Judentum und wollen über unser Volkstum und Deutschtum schmähen.« Saul Ascher hatte in seiner Schrift den überzogenen deutschen Nationalismus der Befreiungskriege kritisiert, der sich auf einen exklusiven, auf Kultur, Sprache und Herkunft abhebenden »Volkstums«- bzw. Nationsbegriff bezog, der als »fremd« definierte Gruppen tendenziell ausschloss. Dieser Nationalismus war in der von Friedrich Ludwig Jahn geförderten Turnbewegung und in den Burschenschaften weit verbreitet. Der frühere Heidelberger, seit 1816 in Jena wirkende Philosophieprofessor Jacob Friedrich Fries, der mit liberalen Ideen hervortrat, ein wichtiger Förderer der Burschenschaft war und dem Wartburgfest beiwohnte, hatte kurz zuvor eine hemmungslos antisemitische Schrift veröffentlicht. Darin forderte er, dass die Juden als besondere »Kaste« mit »Stumpf und Stiel ausgerottet« werden sollten.

Die Bücherverbrennung und die radikalen Reden mancher Festteilnehmer, die auch revolutionäre Aktionen und Gewalt gegen politische Gegner befürworteten, ließen die restaurativen Kräfte bereits unmittelbar nach dem Wartburgfest eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die Burschenschaften und die politische Opposition insgesamt richten. Besonders Österreich und Preußen bemühten sich im Nachgang, sowohl im eigenen Land als auch durch Druck auf die anderen Staaten des Deutschen Bundes, Maßnahmen zur Bekämpfung der liberal-demokratischen und nationalen Kräfte durchzusetzen. Doch erst die Ermordung des Schriftstellers August von Kotzebue, der sich kritisch gegenüber der Nationalbewegung geäußert hatte und der Spionage für den Zaren von Russland verdächtigt wurde, durch den radikalen Burschenschafter Carl Ludwig

Sand am 23. März 1819, lieferte den Anlass, um offen gegen die gesamte politische Opposition vorzugehen und sie durch Verfolgung auf Jahrzehnte hinaus erheblich zu schwächen. Die im September 1819 zu Bundesgesetzen erhobenen »Karlsbader Beschlüsse« sprachen ein Verbot der Burschenschaften, die Überwachung der Universitäten und die Einführung einer rigorosen Pressezensur aus. Außerdem wurde eine »Zentraluntersuchungskommission« in Mainz eingerichtet, welche die Beteiligten an der vermeintlichen revolutionären Verschwörung aufzufindig machen und einer entsprechenden Bestrafung zuführen sollte.

Die Wartburgfest-Tradition bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts

Der radikale und teils völkische Nationalismus aus der Zeit der Befreiungskriege sowie die antisemitischen Elemente des Wartburgfestes veranlassten den deutsch-jüdischen Dichter Heinrich Heine, eines der prominentesten Mitglieder der politischen Opposition gegen das System der Restauration in den 1830er und 1840er Jahren, das Wartburgfest vor allem als Ausdruck einer rückwärtsgewandten, antifreiheitlichen und nationalistischen Bewegung anzusehen. In dieser Hinsicht setzte er es vom Hambacher Fest des Jahres 1832, das aus seiner Sicht demokratisch, europäisch-solidarisch und sozial-emanzipatorisch ausgerichtet war, deutlich ab. Im Jahr 1840 schrieb Heine: »Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufganglieder, und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken; hier aber, auf der Wartburg, krächzte die Vergangenheit ihren obskuren Rabengesang, und bei Fackellicht wurden Dummheiten gesagt und getan, die des blödsinnigsten Mittelalters würdig waren!« Auf der Wartburg, so schrieb Heine weiter, habe nur ein »beschränkte[r] Teutomanismus« geherrscht, der vor allem im »Haß des Fremden« bestanden habe und »in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wusste, als Bücher zu verbrennen!«

Das Wartburgfest von 1817 hatte es auch deshalb schwer, Teil einer liberal-demokratischen Tradition zu werden, weil es

← Korporierte zum 110. Jahrestag des Wartburgfestes in der Weimarer Republik, 16. Oktober 1927 (Bundesarchiv)



aus der Studentenschaft erwuchs und damit das Projekt einer gesellschaftlichen Teilgruppe war, wenn auch mit einem allgemeinen nationalen und gesellschaftlichen Anspruch versehen. Die studentischen Burschenschaften waren nach der endgültigen restaurativen Wende im Deutschen Bund durch die Karlsbader Beschlüsse von 1819 in den Untergrund gedrängt worden. Ihre (ehemaligen) Mitglieder spielten trotzdem immer noch eine wichtige Rolle in der liberal-demokratischen Bewegung des Vormärz, sie waren in der politischen Opposition, beim Hambacher Fest von 1832, in den politischen Vereinen oder bei der Revolution von 1848/49, etwa als Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung, stark vertreten. Insofern wirkten das Wartburgfest von 1817 und die hier geknüpften Verbindungen auch in der weiteren Demokratiegeschichte bis 1848/49 nach. Im Juni 1848 gab es ein weiteres »Wartburgfest«, ein mehrtägiges Treffen deutscher Studenten in Eisenach und auf der Wartburg. Einerseits schien die Kontinuität zum Wartburgfest von 1817 dadurch gegeben, dass durch die Revolution nun die zentralen Forderungen von damals: Einheit und Freiheit, erfüllt waren bzw. bald in Erfüllung zu gehen schienen. Initiiert wurde dieses neue Wartburgfest von den beiden Jenaer Burschenschaften »Germania« und »Auf dem Burgkeller«. Bald übernahmen jedoch Studenten die Leitung, die sich im Rahmen der »Progressbewegung« von burschenschaftlichen, landsmannschaftlichen oder sonstigen korporativen Vereinigungen zu lösen versuchten. Das so genannte »Studentenparlament«, das am 12. und 13. Juni in Eisenach tagte, vereinigte Vertreter aller deutschen Universitäten. Im Unterschied zu 1817 wurden nun auch Repräsentanten katholischer Universitäten eingeladen. Bei den Beratungen des »Studentenparlamentes« ging es neben allgemeinen politischen Forderungen vor allem um die Frage der Reform der Universitäten im Rahmen des zu schaffenden National- und Verfassungsstaates. Damit reihte sich das Treffen in die Bestrebungen zur demokratischen Neuordnung von 1848/49 ein.

← Feierlicher Einmarsch der Teilnehmer des Wartburgtreffens 1955 (picture alliance)

Die Jahre und Jahrzehnte nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 waren im Hinblick auf die Wartburgfest-Tradition geprägt von der burschenschaftlichen Erinnerungskultur sowie der Vereinnahmung durch neue studentische und verschiedene politische Gruppen. Das 50. Jubiläum des Wartburgfestes 1867 stand ganz im Zeichen der durch den Krieg von 1866 begonnenen nationalstaatlichen Einigung »von oben«. Die liberalen und demokratischen Kräfte blieben in diesem Prozess weitgehend außen vor. Zudem befand man sich 1867 noch in einer Zwischenphase: Der Norddeutsche Bund, zu dem auch die thüringischen Staaten und damit die Wartburg gehörten, war als Bundesstaat gegründet, aber Österreich war aus Deutschland ausgeschlossen worden und die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden gehörten noch nicht zum nationalen Bundesstaat. Diese Situation empfanden viele Vertreter der liberalen und demokratischen Opposition als unbefriedigend. Zugleich gab es bereits starke Tendenzen, sich mit der autoritären Machtstaatspolitik Bismarcks zu arrangieren. Dies gab Anlass zur Furcht vor inneren Konflikten bei der Jubiläumsfeier des Wartburgfestes im Jahr 1867, die letztlich in einem kleineren Kreis von knapp 300 Teilnehmern stattfand und weitgehend eine reine Erinnerungsfeier ohne aktuelle politische Bezüge blieb.

Nach der Reichsgründung von 1871 wurde es zunächst weitgehend still um das Wartburgfest von 1817 und dessen Festtradition. Dies lag zum einen daran, dass sich mit der Reichsgründung der autoritäre preußische Machtstaat und nicht die liberal-demokratische Bewegung durchgesetzt hatte. Die Ziele von 1817 schienen zwar erfüllt, aber auf einem ganz anderen Wege. Nicht umsonst verspottete der einflussreiche Historiker des preußisch-deutschen Kaiserreiches, Heinrich von Treitschke, die Burschenschaften und das Wartburgfest im zweiten Band seiner »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert«. Er verband die Darstellung der Geschichte der Burschenschaft mit seiner beißenden Kritik an den thüringischen Kleinstaaten, welche den von ihm favorisierten Weg zum preußisch-deutschen Macht- und Obrigkeitsstaat behindert hätten. Nach seiner Ansicht habe



der »romantische Studentenstaat« der Burschenschaft nur in den thüringischen Staaten »so zuversichtlich, so selbstgefällig, so ganz unbekümmert um die harten Tatsachen der Wirklichkeit sein naives Traumleben führen können.« Aus seiner Sicht bezeichnete nichts »so deutlich das harmlose politische Stillleben jener Tage«, wie das Wartburgfest. Denn dies sei lediglich ein Produkt träumerischer Fantasien und des Dranges der akademischen Jugend, »in phantastischem Spiele der idealen Einheit des Vaterlandes froh zu werden.« Den Burschenschaften und dem Wartburgfest wurden somit eine ernsthafte Rolle in der politischen Entwicklung Deutschlands abgesprochen.

An den Universitäten des Kaiserreiches waren die Burschenschaften nur eine von zahlreichen Verbindungsformen, neben denjenigen Studenten, die gar keiner Korporation angehörten. Darüber hinaus wurde die politische Programmatik der frühen Burschenschaften in der Erinnerung nun ihrer liberalen und demokratischen Elemente weitgehend entkleidet und ganz auf einen preußisch-deutschen, zunehmend integralen Nationalismus verengt. Die Wartburg als Ort der national-liberal-demokratischen Tradition blieb den Burschenschaften und anderen Gruppen auch deshalb weitgehend versperrt, weil der seit 1853 regierende Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach diese Burg als Ort seiner eigenen, dynastischen Tradition begriff und sie daher entsprechend hatte ausbauen und ausgestalten lassen. Die Erinnerung an das Wartburgfest und der neue, integrale Nationalismus der Burschenschaften passten nicht in diese dynastische Traditionspflege. Daher gelang es den Burschenschaften auch erst nach langem Ringen, im Jahr 1902 das Burschenschaftsdenkmal auf der Göpelskuppe in Eisenach zu errichten. Noch zu seinen Lebzeiten hatte der alte Großherzog dafür gesorgt, dass das Denkmal möglichst weit von der Burg entfernt und in einem anderen Baustil errichtet wurde, damit es äußerlich nicht mit der Burg in Verbindung gebracht werden konnte.

← Teilnehmende am »Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft« in der Sowjetischen Besatzungszone, Pfungsten 1948 (Bundesarchiv)

Noch größer wurde diese Distanz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Kriegsbedingt waren die großen Jubiläumsfeiern zur Gründung der Urburschenschaft und des Wartburgfestes, die in den Jahren 1915 und 1917 hätten stattfinden sollen, vorerst verschoben worden. Mit der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik konnten sich viele Studenten und Professoren an den Universitäten nicht anfreunden. Dies prägte auch den Charakter des 1927 von der Deutschen Burschenschaft veranstalteten Wartburgfestes, das von einem völkischen Nationalismus und der Distanz zur Weimarer Republik geprägt war. Schon früh wurde die Wartburg auch durch die nationalsozialistische Bewegung vereinnahmt, die in Thüringen seit 1932 eine Regierungskoalition anführte. Verkehrt wurde das politische Erbe der frühen Burschenschaft und des Wartburgfestes von 1817, als sich die Deutsche Burschenschaft 1935 im Rahmen eines neuerlichen, so genannten »Wartburgfestes« auf Druck der neuen staatlichen Machthaber selbst auflöste. Die Wartburg wurde nun zur Kulisse und zum Schauplatz politischer Empfänge, Zusammenkünfte und Feierlichkeiten des NS-Regimes.

Die Wartburgfest-Tradition seit 1948

Auch nach 1945 setzte sich die politische Vereinnahmung fort, wenn auch unter gänzlich anderen Vorzeichen. Für die 1949 gegründete DDR war die Wartburg ein wichtiges Symbol für die offiziell angestrebte Wiedervereinigung Deutschlands. In diesem Sinne fanden am Ende der 1940er und zu Beginn der 1950er Jahre mehrere Wartburgtreffen deutscher Studenten statt. Man pflegte die Wartburgfest-Tradition und wollte damit zeigen, dass man, anders als die Bundesrepublik mit ihrem Kurs der konsequenten Westbindung, an der Einheit Deutschlands festhielt. Dies änderte sich spätestens mit dem Mauerbau von 1961, durch welchen endgültig die Zweistaatlichkeit Deutschlands durch die DDR faktisch akzeptiert und befestigt wurde. Nun wurde das Konzept einer eigenen »sozialistischen Nation« entwickelt. Als deren historische Vorreiter wurden auch die Studenten des Wartburgfestes von 1817 angesehen.



Diese Sichtweise prägte dann auch das 150. Jubiläum des Wartburgfestes von 1967 und wurde in den folgenden Jahren bis zum Untergang der DDR aufrechterhalten.

In der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland wurden dagegen vor allem die problematischen Seiten des Wartburgfestes von 1817 hervorgehoben. Hans-Ulrich Wehler etwa schrieb im zweiten Band seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte« der Jenaer Urburschenschaft den »Charakter einer apokryphen kleinen Parteiorganisation« zu, die vor allem gemäßigt liberal-national und »ohne revolutionäre Absichten« gewesen sei. Das Wartburgfest selbst sei u. a. von einem »zutiefst illiberale[n] religiöse[n] Antisemitismus« geprägt gewesen, eine »christlich-teutonisch verbrämte Feier« mit einer »vage[n] Mischung von protestantischen und liberalen Freiheitsideen«. Die Bücherverbrennung sei eine »wirre[...] Mischung aus antikonservativem Protest, Germanenkult, Frankophobie und Judenhaß« gewesen. So berechtigt die Hinweise auf die problematischen Seiten des Wartburgfestes auch sind, so macht man es sich doch zu einfach, wenn man allein diese Seiten hervorhebt, die positiven Ansätze im Hinblick auf die Demokratieggeschichte aber weitgehend unterschlägt.

Mit dem Ende der DDR und der deutschen Wiedervereinigung 1989/90 schien sich die Chance zu bieten, wieder an die demokratische Tradition des Wartburgfestes von 1817 anzuknüpfen. Im Mai 1990 fand auf Einladung von Studenten und Professoren der Universität Jena ein neues Wartburgtreffen von Professoren und Studenten aus ganz Deutschland statt. Es ging um die Frage der demokratischen Neugestaltung und darum, welche Rolle ein künftig wiedervereinigtes Deutschland in Europa und der Welt spielen sollte. Gerade die ambivalente Rolle, welche das Wartburgfest und die frühe Burschenschaft in der deutschen Geschichte gespielt hatten, erweckte neben Hoffnungen auf eine demokratische und friedliche Entwick-

lung auch Befürchtungen vor einem neuen Nationalismus, Spaltungen und Konflikten. Eine Anknüpfung an die Wartburgfest-Tradition erschien aus dieser Perspektive manchen eher als gefährlich für die demokratische Entwicklung in Deutschland. Damit wurde jedoch zugleich der Blick auf die liberalen und demokratischen Elemente des Wartburgfestes von 1817 und dessen Rolle in der deutschen Demokratieggeschichte nachhaltig verstellt.



Das Wartburg-Fest der Demokratie

Das Wartburgfest von 1817 ist unbestritten ein herausragendes Ereignis in der Geschichte der deutschen Freiheits- und Einheitsbewegungen des 19. Jahrhunderts. Sein Verlauf und seine Rezeptionsgeschichte haben jedoch immer wieder zu kontroversen Debatten geführt. Dies und die Vereinnahmungsversuche durch antidemokratische Strömungen verhinderten bislang eine angemessene Würdigung. Diesem Defizit möchte die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG) gemeinsam mit der Wartburg-Stiftung Eisenach in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena etwas entgegensetzen.

Ziel des Netzwerkes ist es, zusammen für eine differenzierte Sicht auf das Wartburgfest einzutreten, seine große Bedeutung zu betonen und zugleich die erinnerungskulturellen Schattenseiten klar zu benennen. Damit soll nicht zuletzt das Verständnis für die ambivalente deutsche Demokratiegeschichte an diesem konkreten Fall belebt werden. Insofern spielen auch die Bezüge zu späteren Wartburgfesten eine wesentliche Rolle in dem Bemühen, die demokratiegeschichtlichen Ereignisse am »Sehnsuchtsort der Deutschen« in die demokratische Erinnerungskultur zurückzuholen und dabei rechtspopulistische Deutungen zurückzudrängen.

Das Vorhaben beruht auf drei Säulen, die einer in erinnerungskultureller Hinsicht notwendigen Beschäftigung mit der *Vergangenheit*, der *Gegenwart* und der *Zukunft* Rechnung tragen:

Die wissenschaftliche Basis für die Wiederbelebung der demokratiegeschichtlichen Traditionen der Wartburgfeste bildet eine jährlich stattfindende Tagung, die sich an den eigentlichen Festakt am 18. Oktober anschließt und mit der *Vergangenheit* beschäftigt. Im Auftaktjahr 2023 wird sich zunächst ein Prolog-Symposium am 19. Oktober in den Räumen des Eisenacher

Rathauses unter anderem damit auseinandersetzen, welche Inhalte der Wartburgfeste eine (spezifisch ostdeutsche) Tradition unserer Demokratiegeschichte sind, auf die wir in Zukunft bauen können, und an welche Aspekte der Ereignisse wir kritisch erinnern müssen. In diesem Sinne werden die eingeladenen Expertinnen und Experten vor allem das erste Wartburgfest vom 18. Oktober 1817 im Kontext der politischen Feste des 19. Jahrhunderts diskutieren. In den kommenden Jahren sollen jeweils zweitägige Symposien folgen, die in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität in Jena stattfinden. Darin werden die historischen Kontexte sowohl explizit auf die einzelnen Wartburgfeste bezogen als auch in international vergleichender Perspektive in den Blick genommen.

← Das Vergangene bergen: Fotoaufnahmen von der Rüstsammlung der Wartburg, 1911 (R. Salzmann/Wartburg-Stiftung Eisenach)



2024 wird es um die demokratischen Bewegungen während der Revolution von 1848/49 gehen. Darauf folgend werden die politischen Vereinnahmungen im Vorfeld der Reichsgründung rund um das Wartburgfest 1867 und das Fortwirken demokratischer Ideen im Kaiserreich untersucht. Anknüpfend an das Wartburgfest von 1927 soll weiterhin das Erstarken völkischer Bewegungen in der Weimarer Republik und in Europa thematisiert werden, bevor das Wartburgfest von 1935 unter anderem Anlass zu Diskussionen über das Verhalten (demokratischer) Eliten nach politischen Umbrüchen bietet. In Erinnerung an die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wird auch das Wartburgfest von 1948 und der dort zum Ausdruck gebrachte spezifisch ostdeutsche Wille zur Einheit Deutschlands thematisiert. Gleiches gilt für das Wartburgfest von 1967 in der DDR, bei dem die Tradition im Zeichen des »historischen Materialismus« vom Staatssozialismus der DDR vereinnahmt wurde. Den vorläufigen Abschluss der Reihe bildet schließlich die 40. Jahrgang des Wartburgtreffens vom Mai 1990, das unter dem Eindruck der Friedlichen Revolution nach der demokratischen Neugestaltung Europas fragte — ohne dabei das ambivalente Erbe der Tradition zu verklären.

Im Zentrum des Wartburg-Festes der Demokratie nimmt die Abendveranstaltung jeweils am historischen Datum des 18. Oktober im Festsaal der Wartburg die *Gegenwart* in den Fokus. Im Jahr 2023 wird Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, einen Vortrag über den aktuellen Stand der Erinnerungskultur in Deutschland halten und darüber zur Diskussion einladen. Die diesjährige Festveranstaltung bildet den Auftakt zu einer Reihe, in der jährlich namhafte Rednerinnen und Redner aus Kultur, Politik, Wissenschaft und Publizistik zu grundlegenden Fragen unserer Zeit Stellung nehmen und Debatten anregen, die öffentlichkeitswirksam von der Wartburg ausgehend Strahlkraft entwickeln sollen.

Zudem wollen wir den Abendvortrag künftig durch einen Tag der Demokratie bereichern, an dem zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam mit der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte und der Wartburg-Stiftung Eisenach die Demokratie in unserem Land öffentlich feiern und die Identifizierung mit ihr stärken.



Mit Fragen der *Zukunft* wird sich derweil ein internationales Studierendentreffen auseinandersetzen. Im Auftaktjahr 2023 wird zunächst ein kleiner Kreis Studierender aus aller Welt auf der Wartburg die notwendigen Strukturen erarbeiten, in denen ab dem kommenden Jahr in größerer Zahl gewirkt werden kann. In der Folge soll das internationale Studierendentreffen ein Zentrum des transnationalen Austauschs und der Unterstützung unter dem Dach des Wartburg-Festes der Demokratie werden. Das Treffen bildet somit eine einzigartige Plattform für den Transfer von Ideen, Erfahrungen und Perspektiven. Studierende erhalten die Möglichkeit, ihre Ansichten über den Zustand der Demokratie in ihren Heimatländern miteinander zu teilen, voneinander zu lernen und Erfahrungen mitzunehmen. So soll das Format beispielsweise die Möglichkeit des Austausches über Schwierigkeiten bei der Partizipation in den Heimatländern bieten, um gemeinsam politische Fehlentwicklungen aber auch mögliche Handlungsräume zu identifizieren. Im Resultat sollen gemeinsame Programme, Initiativen und innovative Ansätze für Lösungen und Strategien entwickelt werden, die das Engagement der Studierenden für die Demokratie stärken.

Das internationale Studierendentreffen wird aber nicht nur ein Ort des Austausches, sondern auch ein Knotenpunkt der Unterstützung sein. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, sich gegenseitig zu ermutigen, zu inspirieren und zu helfen. Das Treffen wird Raum für die Entwicklung von Netzwerken und Partnerschaften geben, um langfristige Verbindungen zu schaffen und den gemeinsamen Einsatz für die Demokratie auch über den alljährlichen Termin im Oktober hinaus zu stärken. Ziel ist es, ein langfristiges internationales Netzwerk von Studierenden und Alumni zu bilden, welches weltweit demokratische Initiativen unterstützt und damit Impulse setzt. Die Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte wird dafür Anlaufpunkt und Koordinationsstelle sein.

In der Summe bietet das Wartburg-Fest der Demokratie für alle drei skizzierten Säulen zur *Vergangenheit*, *Gegenwart* und *Zukunft* den idealen Rahmen, sprich: für die wissenschaftliche Tagungs- und die festliche Vortragsreihe sowie für das internationale Studierendentreffen. Die Wartburg selbst symbolisiert als *Ort der Demokratiegeschichte* die Werte der Demokratie, steht gleichermaßen für ihre Errungenschaften, wie sie auch die damit verbundenen Herausforderungen sichtbar macht. Und nicht zuletzt tragen die beteiligten Kooperationspartner von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte mit Sitz in *Weimar*, der Wartburg-Stiftung in *Eisenach* sowie der Friedrich-Schiller-Universität in *Jena* durch ihre Arbeit dazu bei, das Bewusstsein für die Bedeutung der Demokratie zu stärken und die Menschen zu inspirieren, das demokratische Miteinander zu fördern und zu schützen.



Mittwoch, 18. Oktober 2023, 19 Uhr

Festsaal der Wartburg

Einführung**Dr. Franziska Nentwig**

Burghauptmann und Vorstand Wartburg-Stiftung

Stephan ZänkerVorstand Gesellschaft zur Erforschung
der Demokratie-Geschichte (GEDG)**Grußwort****Heike Taubert**

Thüringer Finanzministerin

Rede**Carsten Schneider**Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung
für Ostdeutschland**Musik****The Swing States**

Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar

Im Anschluss

Empfang im Wappensaal des Wartburg-Hotels

26 Impressum

Wartburg–Fest der Demokratie

ist ein Projekt der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte
in Verbindung mit der Wartburg-Stiftung Eisenach
in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Eisenach/Weimar 2023

ISBN
978-3-949903-07-6

Projektverantwortliche

Christian Faludi
Franziska Nentwig
Stephan Zänker

Projektbeteiligte

Marc Bartuschka
Marko Kreuzmann
Markus Lang
Daniel Miksch
Imogen Pare
Maja Ruhkamp
Andreas Volkert

Gestaltung

zentralform | Eric Jentzsch GEDG | Booklet 3 | 2023

Druck

Die Umweltdruckerei

Foto Umschlag

Blick auf die Wartburg,
2022 (R. Salzmann/
Wartburg-Stiftung Eisenach)

Herausgeber/Autoren

Christian Faludi
Marko Kreuzmann

Redaktion

Margarete Puhl

 Gesellschaft zur Erforschung
der Demokratie-Geschichte

WARTBURG
UNESCO WELTERBE 

 **FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland und der Thüringer Staatskanzlei.

 Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

 Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Freistaat  **Thüringen** Staatskanzlei

